

Thomas PETERSEN¹

Ungleiche Geschwister. Eine Bilanz der deutschen Einheit²

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer geöffnet wurde und sich bereits wenige Wochen danach die Möglichkeit einer raschen Vereinigung der beiden deutschen Staaten abzeichnete, ging eine emotionale Schockwelle durch weite Teile Europas. In die Freude über die gewonnene Freiheit für die Menschen in den Ländern Ost-Mitteleuropas und damit auch in der DDR mischte sich ein erhebliches Maß Sorge angesichts eines durch die Wiedervereinigung erneut erstarkenden Deutschland. Es ist nicht übertrieben anzunehmen, dass vor allem unter europäischen Politikern und Intellektuellen die Zahl derjenigen, die sich vor der deutschen Einheit fürchteten, nicht gering war.

1989: Angst und Zweifel

Angesichts des Umstandes, dass auch das vereinte Deutschland im Weltmaßstab keineswegs eine besonders imposante Größe hat und in Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft letztlich nur wenig größer ist als seine Nachbarn Frankreich, Italien und Großbritannien, mag die vor 20 Jahren verbreitete Furcht vor einem dominierenden Deutschland in Europa aus heutiger Sicht wenig verständlich erscheinen, doch sie war real, und sie war, weil in den traumatischen Erfahrungen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begründet, hartnäckig. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl berichtet in seinen Lebenserinnerungen über eine „fast tribunalartige“ Befragung durch die anderen Europäischen Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen in Straßburg Anfang Dezember 1989. „Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen,“ soll die britische Premierministerin Margaret Thatcher ausgerufen haben, „jetzt sind sie wieder da!“ François Mitterand schrieb Jahre später im Rückblick, es sei das große Unglück Deutschlands, dass ihm nicht verziehen wurde, dass es auf den Schlachtfeldern seine Gegner das Fürchten gelehrt habe. Würden die Deutschen nun wieder ihren gefürchteten Wankelmut an den Tag legen, unberechenbar und damit gefährlich werden?

Auch bei deutschen Intellektuellen regte sich Unbehagen. Viele von ihnen glaubten, dass die beiden deutschen Staaten eigentlich gar nicht mehr zusammenpassten. Als der frühere Bundeskanzler Willy Brandt angesichts der absehbaren Wiedervereinigung bemerkte, es wachse „zusammen, was zusammen gehört“, entgegnete der Schriftsteller Patrick Süskind: „Was gehört denn da zusammen, bitte sehr? Gar nichts! Im Gegenteil: Nichts Unzusammenhängenderes lässt sich denken als DDR und BRD! Verschiedene Gesellschaften, verschiedene Regierungen, verschiedene Wirtschaftssysteme, verschiedene Erziehungssysteme, verschiedener Lebensstandard, verschiedene Blockzugehörigkeit,

¹ Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher, Institut für Demoskopie Allensbach, www.ifd-allensbach.de.

² Originaltext des in der französischen Zeitschrift *Regards sur l'économie allemande* (Ausgabe 98/99, Oktober-November 2010) unter der Überschrift „Frères et soeurs dissemblables. Un bilan de l'Unité allemande“ erschienenen Beitrags. Mit „Nachtrag 2019“ am Ende dieses Textes. Zur französischen Fassung: <https://www.tandem-europe.eu/analyses>.

verschiedene Geschichte, verschiedene Promillegrenze – gar nichts wächst da zusammen, weil gar nichts zusammen gehört.“

Ganz anders die Beobachtung des Vorstands des Henkel-Konzerns, Helmut Sihler, der im Frühsommer 1990 zum ersten Mal die damalige DDR besuchte. Als er zurückkehrte, berichtete er, das Aufregendste sei für ihn, wie ähnlich die Menschen dort den Menschen im Westen seien. Es sei wirklich *eine* Bevölkerung. Österreicher beispielsweise – er selbst ist Österreicher – seien völlig anders. Wenn Deutsche und Österreicher aufeinanderträfen, seien das wie zwei Welten.

2009: Anlass zur Freude

Wer hatte nun Recht? Sicherlich kann man heute feststellen, dass das vereinte Deutschland sich nicht als der bedrohliche, alles andere an die Seite drängende Koloss in der Mitte Europas erwiesen hat, der damals von vielen befürchtet wurde, wenn man auch gelegentlich heute noch Spuren dieser Vorstellung zu vernehmen meint, etwa in den Äußerungen der französischen Finanzministerin Christine Lagarde vom März dieses Jahres, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft als Bedrohung für die Nachbarländer ansah.

Fragt man die Deutschen heute, so entsteht der Eindruck, dass trotz zahlreicher Probleme im Detail die Deutsche Einheit ein Erfolg ist. Auf die Frage *„Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher Anlass zur Freude oder zur Sorge?“* antworteten im November 2009 in einer Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 61 Prozent der Westdeutschen und 71 Prozent der Ostdeutschen, für sie sei die Deutsche Einheit ein Anlass zur Freude. Nur eine kleine Minderheit von 18 Prozent im Westen und 15 Prozent im Osten sagte, für sie sei die Einheit vor allem ein Grund zur Sorge. Ähnlich positiv sind die Antworten auf die Frage *„Glauben Sie, dass das Zusammenwachsen Deutschlands gelingt, oder glauben Sie, dass Ost und West im Grunde immer wie zwei getrennte Staaten bleiben werden?“* Zwei Drittel der Westdeutschen, 68 Prozent, sagten ebenfalls im November 2009, sie glaubten, dass das Zusammenwachsen gelinge, 20 Prozent widersprachen ausdrücklich. In den neuen Bundesländern fiel das Urteil etwas skeptischer aus, aber auch hier glaubte immerhin eine Mehrheit von 51 zu 31 Prozent an ein erfolgreiches Zusammenwachsen.

Diese beiden Umfrageergebnisse stehen stellvertretend für viele ähnliche. Rückblickend betrachtet kann man heute sagen, dass Willy Brandt Recht hatte. Die Bevölkerungen aus beiden deutschen Staaten haben sich trotz aller Unterschiede in ihrer Sozialisation aufeinander zubewegt, ernste Konflikte, die den Prozess der Vereinigung in Frage gestellt hätten, waren zu keinem Zeitpunkt in den letzten 20 Jahren zu befürchten. Doch der Weg zur inneren Einheit Deutschlands in den letzten 20 Jahren war steinig, von vielen schwierigen psychologischen Anpassungsprozessen auf beiden Seiten begleitet, und er ist auch noch nicht gänzlich bewältigt. Mit den Repräsentativumfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach, das seit 1947 die Meinungsbildung der westdeutschen, und seit dem Frühjahr 1990 auch die der ostdeutschen Bevölkerung kontinuierlich dokumentiert, lassen sich heute die Höhen und Tiefen des schwierigen Einigungsprozesses der Deutschen nachzeichnen.

Brüder und Schwestern

Das Frühjahr 1990 war in Deutschland nicht nur eine politisch bewegte Zeit, sondern es war auch für Sozialwissenschaftler eine besonders aufregende Periode. Zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert öffnete sich ein wesentlicher Teil des Landes für die Methoden der Sozialforschung. Umfragenforschung kann in Diktaturen nicht gedeihen, und so lagen – sieht man von wenigen Spezialstudien des Zentralinstituts für Jugendforschung an der Universität Leipzig ab, die zudem natürlich stark ideologisch gefärbt waren – keinerlei wissenschaftlich verlässliche Informationen darüber vor, wie die Bevölkerung in der damaligen DDR dachte und fühlte, welche Werte sie vertrat und welche Charak-

tereigenschaften sie prägten. Wie bei einem kunstvoll angelegten sozialwissenschaftlichen Experiment standen sich die beiden Bevölkerungsteile gegenüber: Auf der einen Seite die von Beginn an intensiv untersuchten Westdeutschen, und auf der anderen Seite die Ostdeutschen, von denen man noch wenig wusste. Würden sie ihren Brüdern und Schwestern im Westteil des Landes in ihrer Mentalität ähneln?

Für Sozialwissenschaftler war die DDR ein unbekanntes Wesen

Am Institut für Demoskopie Allensbach herrschte eine Aufbruchstimmung wie seit der Gründungsphase Ende der 1940er Jahre nicht mehr. Der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur für Repräsentativumfragen erwies sich als erhebliche Herausforderung. Das Telefonnetz in der DDR funktionierte nicht, die meisten Haushalte hatten ohnehin kein Telefon. Wie sollte man die Interviewer für die Umfragen rekrutieren? Auch die Post funktionierte nicht zuverlässig und schnell genug für eine reibungslose Abwicklung. Die Forscher reisten kreuz und quer durchs Land, von Wohnzimmer zu Wohnzimmer, wurden dort meist zu Kaffee und Kuchen eingeladen und rekrutierten die Mitarbeiter im persönlichen Gespräch. Ein Kollege erzählte später, er habe in dieser Zeit genug Sandkuchen fürs Leben gegessen. Die Fragebogen wurden postlagernd verschickt und regelmäßig an den Poststellen eingesammelt, alles unter dem Zeitdruck der näher rückenden Volkskammerwahl, der ersten und letzten freien Parlamentswahl in der DDR am 18. März 1990.

Irgendwie funktionierte es. Im März, rechtzeitig zur Volkskammerwahl, lagen die ersten Ergebnisse vor, die den Wahlsieg des von den Christdemokraten angeführten Bündnisses „Allianz für Deutschland“ bereits erkennen ließen. Doch wissenschaftlich aufregender waren die Daten zur Mentalität der nun zum ersten Mal intensiv befragten ostdeutschen Bevölkerung. In vielerlei Hinsicht unterschieden sich die Ostdeutschen von den Westdeutschen. Das betraf zunächst Äußerlichkeiten, wie den Kleidungs geschmack, aber auch Fragen der Werteorientierung. Verblüfft stellten die Allensbacher Forscher fest, dass die Einstellungen der DDR-Bevölkerung in Bezug auf Arbeitsethik und Freizeitorientierung oder zum Verhältnis der Generationen denen der westdeutschen Bevölkerung aus den 1950er Jahren ähnelten. Der gesellschaftliche Wertewandel, der sich zunächst kaum bemerkt seit Ende der 50er Jahre vollzogen hatte, und der seit Mitte der 70er Jahre intensiv diskutiert und erforscht worden war, hatte in der DDR offensichtlich nicht stattgefunden.

Dennoch überwog beim Betrachten der ersten Daten aus der DDR der Eindruck des Vertrauten. Bei allen Unterschieden im Detail zeigten die Deutschen in Ost und West eine bemerkenswerte Ähnlichkeit. Elisabeth Noelle-Neumann, die deutsche Pionierin der Umfrageforschung, Gründerin und damalige Leiterin des Allensbacher Instituts, sprach damals in ihrem ersten Vortrag über die „*Premiere eines demoskopischen Vergleichs*“ von einer auffallenden „*Familienähnlichkeit*“ der Ost- und Westdeutschen, beispielsweise erkennbar an den Antworten auf die Frage, was im Leben wichtig und erstrebenswert sei, aber auch an der Rangfolge ihrer Freizeitinteressen. Besonders auffällig war, dass sich Ost- und Westdeutsche, trotz der Sozialisation in gegensätzlichen Gesellschaftssystemen in mancherlei Hinsicht gemeinsam von anderen europäischen Völkern unterschieden. Am deutlichsten zeigte dies bei einer in internationalen Untersuchungen vielfach angewendete Skala des amerikanischen Psychologen und Umfrageforschers Norman Bradburn, der „*Affect Balance Scale*“. Hierfür werden den Befragten positive und negative Emotionen vorgestellt mit der Frage, ob sie die betreffenden Gefühle in der letzten Zeit einmal gehabt hätten. Es zeigte sich, dass Ostdeutsche wie Westdeutsche wesentlich häufiger als andere Völker sagten, sie hätten in der letzten Zeit vor dem Interview solche Emotionen erlebt. Das galt für die positiven und die negativen Gefühle gleichermaßen. Das starke Schwanken zwischen emotionalen Extremen, das bereits im 19. Jahrhundert so unterschiedliche Beobachter wie Madame de Staël, Heinrich Heine und Friedrich Nietzsche an den Deutschen festgestellt hatten, fand hier seine sozialwissenschaftliche Bestätigung. Mit gutem Grund konnte Elisabeth

Noelle-Neumann feststellen, dass es durchaus so etwas wie einen gemeinsamen Nationalcharakter gab und damit auch eine Grundlage für ein Zusammenwachsen der beiden Landesteile.

Der Traum von den « blühenden Landschaften »

Kaum jedoch hatte sich mit dem Fall der Mauer und den freien Wahlen in der DDR die Möglichkeit zur staatlichen Einheit Deutschlands eröffnet, kaum war der Jubel über die wiedergewonnene Freiheit für die Bevölkerung Ostdeutschlands verklungen, wandelte sich die öffentliche Diskussion um die deutsche Vereinigung in einer Art und Weise, die sich als schwere Hypothek für den Vereinigungsprozess der kommenden Jahre erweisen sollte. Statt die Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Massenmedien weitgehend auf ökonomische Fragen und damit auf das Ziel, die materiellen Lebensverhältnisse der ostdeutschen Bevölkerung möglichst rasch auf das westdeutsche Niveau zu bringen. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte ungewollt selbst das Schlagwort dafür geliefert, als er in einer Fernsehansprache im DDR-Fernsehen zur Einführung der D-Mark in Ostdeutschland am 1. Juli 1990 sagte: „Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.“ Später spitzte er diese Aussage noch zu, indem er in Wahlkampfreden betonte, er sei davon überzeugt, dass es bereits in wenigen Jahren in den neuen Bundesländern „blühende Landschaften“ geben werde.

Freiheit?

Die Frage, welche Bedeutung die Freiheit beim Aufbau einer Gesellschaft hat und wie man mit der neu gewonnenen Freiheit verantwortlich umgehen kann, spielte in der Folgezeit in der Berichterstattung praktisch keine Rolle mehr. Als Beispiel lässt sich der Schwerpunkt der Berichterstattung des einflussreichen Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* anführen. In der Zeit zwischen Juni 1990 und September 1995, also in den ersten fünf Jahren nach der Wiedervereinigung, widmete der *Spiegel* zwölf Titelgeschichten dem Thema der deutschen Einheit. Acht davon befassten sich in der Hauptsache mit finanziellen Fragen, die anderen vier hatten angebliche Konflikte zwischen West- und Ostdeutschen zum Thema, ein Punkt, auf den unten noch eingegangen wird. Das Thema Freiheit war dem Spiegel in dieser Zeit keine Titelgeschichte wert.

Auch für die Sozialwissenschaft war die Freiheit kaum ein Thema. Analysiert man die Jahrgänge 1990 bis 2001 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, der führenden deutschen soziologischen Fachzeitschrift, dann stellt man fest, dass in diesem Zeitraum 22 Artikel erschienen sind, in denen die Worte „Gleichheit“ oder „Ungleichheit“ bereits im Titel vorkamen und in denen es auch um die Frage ging, wie man die Gleichheit der Lebensverhältnisse in der Bevölkerung fördern kann bzw. welche Ursachen einer stärkeren Gleichheit entgegenstehen. Nimmt man noch die Artikel dazu, bei denen im Titel nicht ausdrücklich von Gleichheit die Rede ist, die sich aber mit den sozialstrukturellen Ursachen von Ungleichheit befassen, kommt man auf eine Gesamtzahl von 39 Artikeln. In der gleichen Zeit, immerhin das erste Jahrzehnt nach dem Sturz der Diktatur in der DDR, betrug die Zahl der Artikel in der *Kölner Zeitschrift*, in denen es im weitesten Sinne um Freiheit ging: vier.

Ungleichheit

In diesem Zeitklima wurde nun das Wort von den „blühenden Landschaften“ vielfach in der öffentlichen Diskussion aufgegriffen, und nun ließ sich jeder Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland, jede Nachricht über die infolge des notwendigen Strukturwandels unvermeidlich

steigende Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern, jede Information über noch bestehende Einkommensunterschiede zwischen Ost und West mit der Frage kommentieren, wo denn nun die vom Bundeskanzler versprochenen „*blühenden Landschaften*“ blieben.

Dabei waren die objektiven Daten in vielerlei Hinsicht eindrucksvoll: Binnen weniger Jahre erreichte die ostdeutsche Bevölkerung ein Wohlstandsniveau, von dem sie in Zeiten der DDR nicht hätte träumen können. Die Daten der Allensbacher Markt- und Werbeträger-Analyse, einer großen Markt-Media-Studie, die eine Vielzahl von Konsumdaten erfasst, sprechen eine deutliche Sprache: Bis 1996 hatte sich das frei verfügbare Einkommen der Bewohner der ehemaligen DDR gegenüber 1991 um fast 50 Prozent erhöht, ein Zuwachs, der weit über dem der wirtschaftlichen Produktivität der neuen Länder lag. Die Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern erreichte binnen weniger Jahre das westdeutsche Niveau, der Fuhrpark an Privatfahrzeugen war Ende des Jahrzehnts moderner als der der Westdeutschen.

Alles in allem scheint rückblickend der Begriff der „*blühenden Landschaften*“ für die Lage ab Mitte der 1990er Jahre gar nicht so ungerechtfertigt, wenn man sie mit der Situation zur Zeit der Wende vergleicht. Doch die hochgesteckten Erwartungen, die mit dem Schlagwort verknüpft waren, mussten in einer Zeit, in der soziale Gleichheit als der wichtigste Maßstab für wirtschaftlichen Erfolg verwendet wurde, bei den Menschen zu Enttäuschungen führen. Als das Institut für Demoskopie Allensbach im Juli 1998 fragte: „*Gibt es in Ostdeutschland heute blühende Landschaften, oder ist das nicht der Fall?*“ sagten nur 27 Prozent der Ostdeutschen, der Traum von den „*blühenden Landschaften*“ sei Wirklichkeit geworden. 54 Prozent meinten, es gebe sie nicht.

Folgerichtig wuchs bei der ostdeutschen Bevölkerung der Eindruck, der wirtschaftliche Aufbau der neuen Bundesländer sei im Scheitern begriffen. Auf die Frage „*Wenn Sie einmal an die Entwicklung in Ostdeutschland denken. Würden Sie sagen, das läuft alles in allem schon richtig, auch wenn es noch Probleme gibt, oder würden Sie sagen, dass man das alles ganz anders machen müsste?*“ antworteten im September 1994 nur 25 Prozent der Ostdeutschen, sie seien der Ansicht, die Entwicklung laufe gut. Eine relative Mehrheit von 46 Prozent meinte: „*Das muss man alles ganz anders machen.*“

Die Kraft der Prägung in einem sozialistischen Gesellschaftssystem wurde unterschätzt

In dieser Situation verfiel das Vertrauen der Bevölkerung in das Wirtschaftssystem. Der Anteil derjenigen in Ostdeutschland, die sagten, sie hätten von der Marktwirtschaft eine „*gute Meinung*“, sank in der Zeit zwischen 1991 und 1995 von 77 auf 37 Prozent. Stattdessen verbreiteten sich verschwommene Ideen von einem „*dritten Weg*“ zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft. Bereits im Jahr 1993 stimmte eine relative Mehrheit von 46 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung der Aussage zu „*Bei der Wiedervereinigung wurde wirklich die Chance vergeben, eine neue Staatsform zu schaffen, in der Marktwirtschaft, Menschlichkeit und Sozialismus miteinander verbunden werden.*“ Nur 33 Prozent widersprachen ausdrücklich und gaben zu Protokoll, dass sie froh seien, dass sich das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik durchgesetzt hatte.

Bis heute ist bei der deutschen Bevölkerung – inzwischen zunehmend auch in den alten Bundesländern – die Meinung verbreitet, dass Marktwirtschaft letztlich menschliche Kälte bedeute. Rückblickend betrachtet lag sicherlich einer der schwersten Fehler der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung darin, dass keine ernsthaften Versuche unternommen wurden, wirtschaftliche Zusammenhänge zu erklären und für die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zu werben. Die Annahme, dass die Vorzüge eines freiheitlichen Wirtschaftssystems so offensichtlich seien, dass sie von alleine auf Zustimmung stießen, hat sich nicht bestätigt. Sie unterschätzte die Kraft der weltanschaulichen Prägung in einem sozialistischen Gesellschaftssystem.

Die « Mauer in den Köpfen »

Wenn es eine Phase in den letzten 20 Jahren gibt, die man als Krise des Zusammenwachsens Ost- und Westdeutschlands betrachten kann, dann ist dies sicherlich die Mitte der 1990er Jahre. Neben der Frage, wo denn die „*blühenden Landschaften*“ blieben, war die Metapher von der „*Mauer in den Köpfen*“ ein beherrschendes Schlagwort jener Zeit. Der Begriff war vielleicht auch deshalb so populär, weil er die Nachrichtenfaktoren des Konflikts und der Negativität bediente und dementsprechend aus journalistischer Sicht einige Attraktivität besaß.

Wahr an dem Konzept der „*Mauer in den Köpfen*“ ist, dass sich nach dem Abklingen der ersten Euphorie über das unverhoffte Glück der Einheit zeigte, dass der Umstand, dass West- und Ostdeutsche vier Jahrzehnte in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen gelebt und dementsprechend unterschiedlich sozialisiert wurden, nicht spurlos an ihnen vorbeigegangen war. In vielen Feldern zeigten sich trotz der oben erwähnten „*Familienähnlichkeit*“ vor allem weltanschauliche Unterschiede, die zu Kommunikationsproblemen zwischen beiden Bevölkerungsteilen führten. Auf die Frage des Allensbacher Instituts „*Wenn Sie jetzt einmal die Deutschen im Osten des Landes mit den deutschen im Westen vergleichen: Überwiegen da die Unterschiede oder überwiegen da die Gemeinsamkeiten?*“ antworteten im Oktober 1994 49 Prozent der Deutschen, die Unterschiede würden überwiegen. In Westdeutschland waren es 47, im Osten 55 Prozent. Nur 34 Prozent (35 im Westen und 29 im Osten) sagten, die Gemeinsamkeiten überwögen.

Klischeebilder von den „Ossis“ und den „Wessis“

Es bildeten sich unfreundliche Klischeebilder der „*Wessis*“ und der „*Ossis*“ auf der jeweils anderen Seite der ehemaligen Grenze heraus: Der Anteil der Ostdeutschen, die Westdeutsche für freundlich hielten, sank in der Zeit von 1991 bis 1994 von 55 auf 37 Prozent. Die Zuordnung „*Fleißig*“ ging in der gleichen Zeit von 53 auf 36 Prozent zurück, „*Intelligent*“ von 45 auf 32 Prozent. Die negativen Zuschreibungen blieben dagegen bestehen: 81 Prozent der Ostdeutschen meinten 1991 von den Westdeutschen, sie seien „*auf Geld aus*“, 1994 waren es 82 Prozent. Die Zuordnung der Eigenschaft „*Bürokratisch*“ nahm sogar von 62 auf 67 Prozent etwas zu. Nicht ganz so ausgeprägt, aber in der Tendenz ähnlich verdunkelte sich das Bild der Ostdeutschen bei den Westdeutschen. Dem in Ostdeutschland geprägten Schlagwort „*Besserwessis*“, das ein kaum übersetzbare Wortspiel ist, das die Begriffe „*Westdeutsche*“ und „*Besserwisserei*“ so geschickt miteinander verbindet, dass zusätzlich ein Beiklang von moralischer Überheblichkeit entsteht, stellten Westdeutsche die zunehmend wegen der gewaltigen Kosten des Aufbaus in den neuen Bundesländern in Sorge gerieten und solche Reaktionen als Undankbarkeit empfanden, den sprachlich schwächeren aber ähnlich plakativen Begriff „*Jammer-Ossis*“ entgegen.

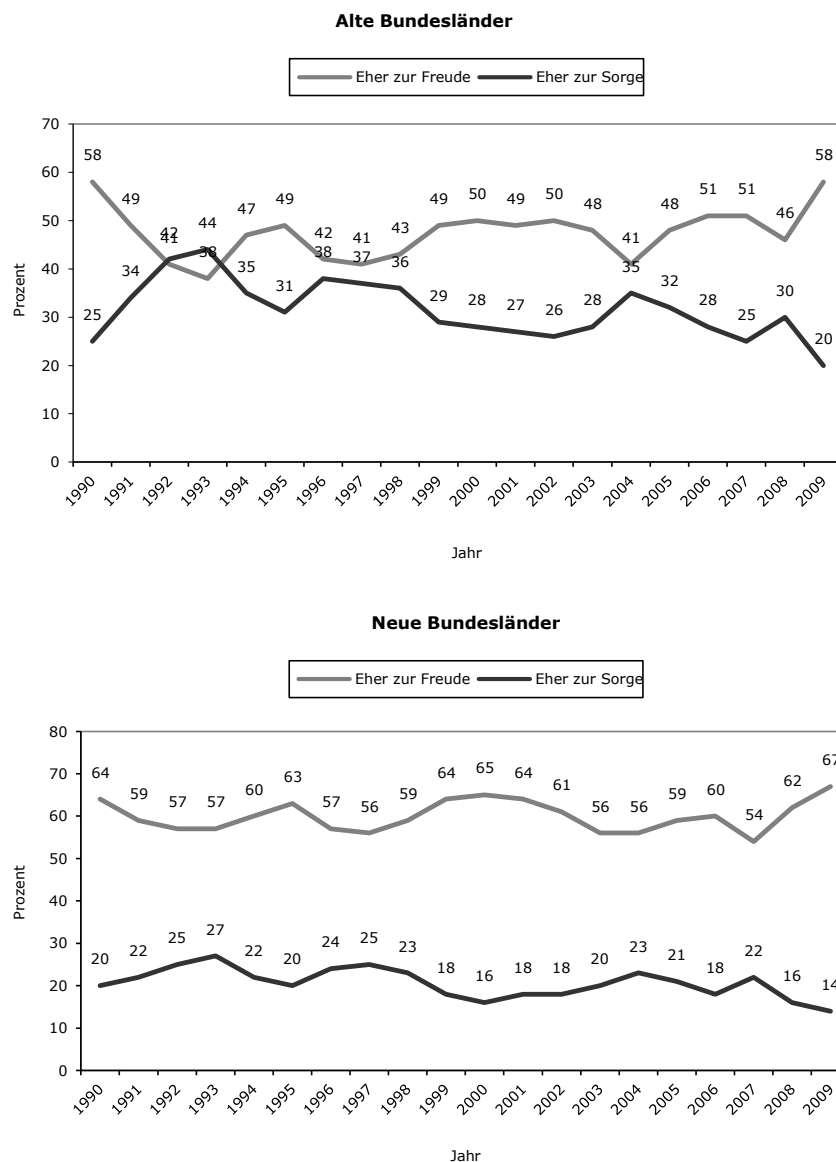
Falsch an dem Bild der „*Mauer in den Köpfen*“ war jedoch immer, dass es suggerierte, West- und Ostdeutsche befänden sich in einem ernsten, tiefergehenden Konflikt, stellten gar die Wiedervereinigung in Frage. Doch das war nie der Fall. Die Klischeebilder vom „*Besserwessi*“ und „*Jammer-Ossi*“ verflüchtigten sich rasch, wenn West- und Ostdeutsche miteinander in Kontakt kamen. Im August 1995 stellte das Allensbacher Institut Ostdeutschen, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mit Westdeutschen zusammengetroffen waren, die Frage: „*Haben Sie dabei den Eindruck gehabt, dass es ‚Besser-Wessis‘ waren, oder hatten Sie diesen Eindruck nicht?*“ Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent sagte, die Westdeutschen, die sie getroffen hätten, seien keine „*Besserwessis*“ gewesen, nur ein knappes Drittel fand die Bezeichnung zutreffend. Umgekehrt berichteten nur 22 Prozent der Westdeutschen, die mit Ostdeutschen zusammengetroffen waren, diese seien „*Jammer-Ossis*“ gewesen. 69 Prozent hatten nicht diesen Eindruck.

Vor allem aber haben solche nach 40 Jahren der Trennung wahrscheinlich unvermeidlichen Kommunikationsprobleme Deutschland nie auch nur in die Nähe eines Scheiterns der Einheit geführt. Vor allem bei der Bevölkerung in den neuen Bundesländern kam bei aller Enttäuschung über Details des Prozesses, bei aller Distanz zu vielen Werten und dem wirtschaftlichen System der Bundesrepublik nie auch nur annähernd der Gedanke auf, man solle den Prozess wieder rückgängig machen. Auf die Frage „Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher ein Anlass zur Freude oder eher zur Sorge?“ antwortete stets, auch in der schwierigen Phase Mitte der 90er Jahre, eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen: „Sie ist ein Anlass zur Freude.“ Da waren es schon eher die Westdeutschen, die angesichts der Kosten der Einheit zeitweilig Sorgen zu Protokoll gaben, doch Sorge ist hier nicht mit einer Ablehnung der Einigung gleichzusetzen (Schaubild 1).

Schaubild 1.

Die Freude über die Wiedervereinigung war im Westen nur kurzzeitig, im Osten nie getrübt

Frage: „Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher Anlass zur Freude oder zur Sorge?“



Jahresdurchschnittswerte. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

Auch am Erfolg des Einigungsprozesses bestand bei den Deutschen nie ein ernsthafter Zweifel. Auf die bereits erwähnte Frage „*Glauben Sie, dass das Zusammenwachsen Deutschlands gelingt, oder glauben Sie, dass Ost und West im Grunde immer wie zwei getrennte Staaten bleiben werden?*“ antwortete von Anfang an und über beide Jahrzehnte hinweg stets eine deutliche Mehrheit: „*Das Zusammenwachsen gelingt*“. Damit zeigt sich, dass die vielzitierte „*Mauer in den Köpfen*“ nie den Charakter eines grundlegenden, unüberwindlichen gesellschaftlichen Konfliktes hatte, sondern der Ausdruck von Anpassungsproblemen war. Nach Jahrzehnten der Trennung mussten die Deutschen auf beiden Seiten im Alltag erst wieder zueinanderfinden.

Versäumnisse bei der Vergangenheitsbewältigung

Als sich das Allensbacher Institut daranmachte, die Muster der allmählichen Annäherung der Ost- und Westdeutschen zu untersuchen, stieß man auf ein unerwartetes Phänomen. Ausgangspunkt der Entdeckung war das Ergebnis einer Frage, die entwickelt worden war, das Ausmaß der Verstörung der Bürger in den neuen Bundesländern zu messen. Der totale Wechsel des politischen und gesellschaftlichen Systems, die gewaltigen Veränderungen im Alltagsleben, der Zusammenbruch der administrativen Strukturen, das alles konnte doch nicht ohne Folgen geblieben sein. Also wurde im Jahr 1992 eine Frage formuliert, die diese Erschütterungen im Leben plakativ formulierte. Sie lautete: „*Kürzlich erhielten wir einen Brief, in dem zu lesen stand: ‚Nach all diesen Ereignissen der letzten Jahre, Umstürze, Veränderungen usw., muss ich sagen: ‚Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.‘ Wie empfinden Sie das, geht Ihnen das auch so, oder geht es Ihnen nicht so?‘*“

Als die Ergebnisse der Frage vorlagen, mussten die Forscher verblüfft feststellen, dass es weniger die Ostdeutschen als vielmehr die Westdeutschen waren, die angesichts der Umbrüche der vorangegangenen Jahre verunsichert waren: 46 Prozent der Bevölkerung im Westen sagten, sie könnten die Welt nicht mehr verstehen, im Osten waren es 42 Prozent. „*Das geht mir nicht so*“ sagte in den neuen Bundesländern eine relative Mehrheit von 44 Prozent, in den alten waren es nur 36 Prozent.

Zwei historisch geprägte Selbstbilder

Es ist interessant darüber zu spekulieren, warum dies so war. Es erscheint plausibel anzunehmen, dass die westdeutsche Gesellschaft durch die offene politische Debatte, auch die schmerzvolle und konfliktreiche Aufarbeitung des Dritten Reiches eine Kultur des Selbstzweifels entwickelt hatte, eine geistige Tradition, in der es selbstverständlich war, die eigene Position in Frage zu stellen, während in der DDR den Menschen ein klares, von Selbstzweifeln freies Selbstbild vermittelt wurde.

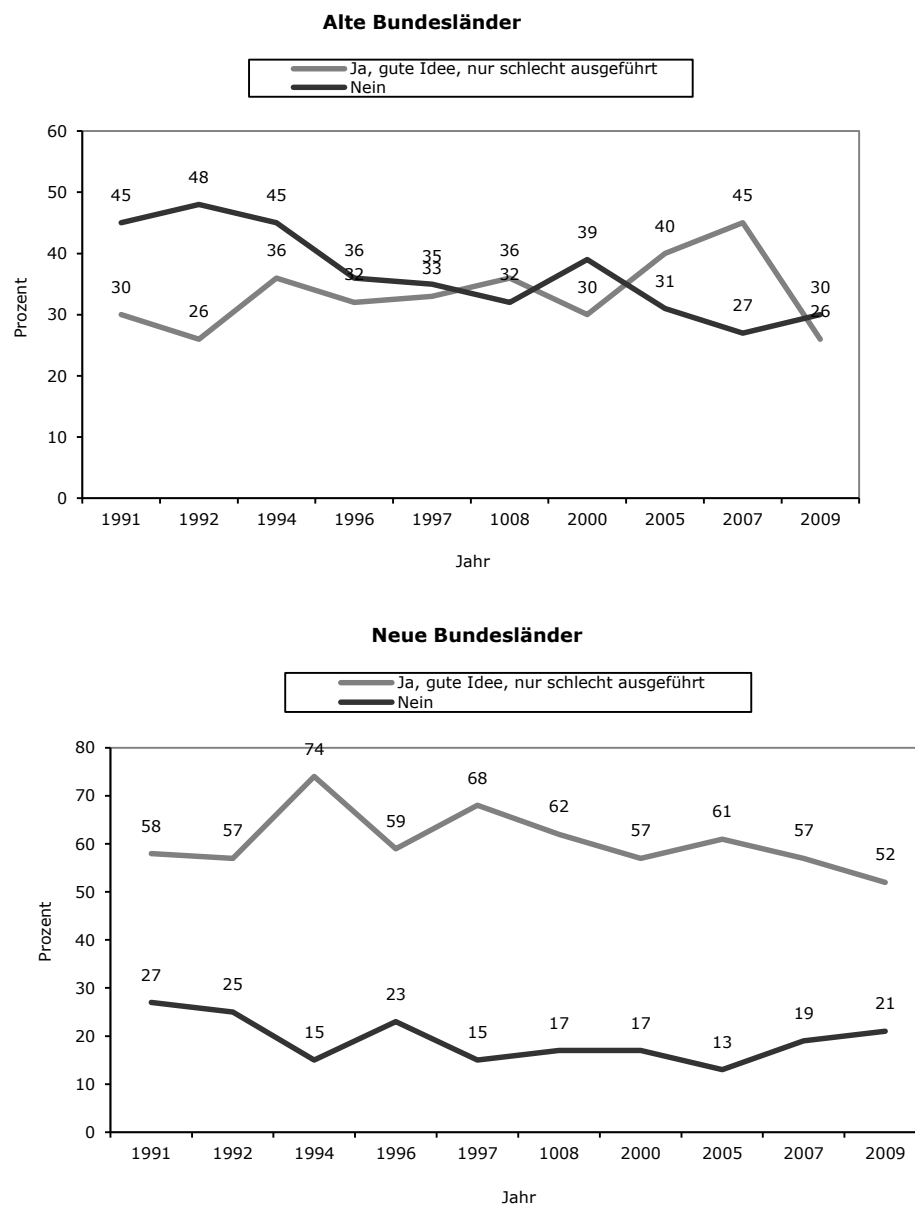
Was immer der Grund gewesen sein mag – in den folgenden Jahren zeigte sich, dass nicht, wie anfangs angenommen worden war, sich die ostdeutsche Bevölkerung in den meisten weltanschaulichen Fragen an die westdeutsche annäherte, sondern dass in wichtigen Feldern umgekehrt sich die Westdeutschen den selbstbewussteren Ostdeutschen anpassten. Dies ist besonders deutlich an den Einstellungen gegenüber dem Gesellschaftsbild des Sozialismus zu erkennen. Auf die Frage: „*Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?*“ reagierten seit Anfang der 90er Jahre stets mit deutliche Mehrheiten der ostdeutschen Bevölkerung mit Zustimmung. Die Annahme, dass der Sozialismus im Prinzip eine gute Sache sei, wurde von den meisten nicht in Frage gestellt. Sie wurde in der öffentlichen Diskussion auch nie ernsthaft herausgefordert. Der Gedanke, dass das Weltbild des Sozialismus selbst die Ursache der Misere in der DDR gewesen sein könnte und nicht allein die konkrete Ausführung, liegt den meisten bis heute fern. Dass der aufs Kollektiv abstellende Grundgedanke des Sozialismus den Menschen möglicherweise nicht gerecht wird, dass der Glaube, das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben bis ins Detail staatlich steuern zu können, vielleicht

eine Anmaßung gewesen sein könnte - das alles war nie ein großes Thema. Die Grundzüge des in der DDR vermittelten Weltbildes wurden nicht erschüttert.

Die westdeutsche Bevölkerung dagegen, größtenteils in Demokratie und Marktwirtschaft aufgewachsen, hatte ein ganz anderes Weltbild verinnerlicht. Sie lehnte Anfang der 90er Jahre die These, der Sozialismus sei eigentlich eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei, mit deutlicher Mehrheit ab. In den darauffolgenden Jahren aber näherte sie sich aber immer mehr der ostdeutschen Position an. 2007 schließlich hielt auch eine deutliche relative Mehrheit von 45 Prozent der Westdeutschen den Sozialismus für eine grundsätzlich gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Erst Ende des vergangenen Jahres – man kann annehmen unter dem Einfluss der umfangreichen Medienberichterstattung zum 20. Jahrestag des Mauerfalls – kehrte sich dieser Trend wieder um.

Schaubild 2. Sozialismus - eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?

Frage: „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“



Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

Überhaupt hat es den Anschein, als habe das Gedenken an die Ereignisse vor 20 Jahren in jüngster Zeit dazu geführt, dass auch das Nachdenken der Bevölkerung über die Grundlagen der Freiheit etwas zugenommen hat. Dennoch ist offensichtlich, dass erhebliche Defizite in der Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur bestehen. Erkennbar wird dies beispielsweise am Ausmaß der Verklärung der DDR, die weit über eine verständliche Nostalgie, die viele Menschen im Rückblick an vergangene Zeiten empfinden, hinausgeht. Dies zeigt sich an den Antworten auf Fragen, in denen das Prinzip des Rechtsstaates angesprochen wird, etwa in einer Frage vom November 2009, bei der zwei Argumente gegeneinandergehalten wurden. Das erste lautete: *„Natürlich hatte die DDR auch ihre schlechten Seiten. Aber wenn man sich an die Regeln hielt, konnte man dort ganz gut leben. Für mich hat in der DDR keine Willkür geherrscht“*. Die Gegenposition lautete: *„Sicher gab es Menschen, die sich in der DDR wohlfühlt haben. Aber das ändert nichts daran, dass die DDR eine Diktatur war, bei der man vor willkürlichen Übergriffen des Staates nicht sicher sein konnte.“* 82 Prozent der Befragten in der alten Bundesrepublik stimmten der zweiten, nur 6 Prozent der ersten Meinung zu. Ganz anders das Antwortverhalten in den neuen Bundesländern: Hier sagten 49 Prozent, für sie habe in der DDR keine Willkür geherrscht. Lediglich 35 Prozent widersprachen.

War die DDR ein Rechtsstaat oder nicht?

Nicht viel weniger deutlich fielen die Antworten auf die Frage *„Würden Sie sagen, die DDR war ein Rechtsstaat, oder würden Sie das nicht sagen?“* aus: 76 Prozent der Westdeutschen aber nur 40 Prozent der Ostdeutschen sagten, die DDR sei kein Rechtsstaat gewesen. 14 Prozent in den alten und 13 Prozent in den neuen Bundesländern bezeichneten sie ausdrücklich als Rechtsstaat. Unentschieden waren im Westen 10, im Osten dagegen eine relative Mehrheit von 47 Prozent. Bemerkenswert ist bei dieser Frage vor allem das Antwortverhalten der jungen Generation der unter 30jährigen in Ostdeutschland: Sie sagten zu 62 Prozent, sie wüssten nicht, ob die DDR ein Rechtsstaat gewesen sei oder nicht.

Das Beispiel bestätigt einen Befund, der sich in der Demokratieforschung immer wieder zeigt: Es wird oft angenommen, die Vorzüge von Demokratie und Freiheit seien so offensichtlich, dass sie den Menschen nicht erklärt, nicht aktiv nahegebracht werden müssten. Doch diese Annahme ist falsch ebenso falsch wie die Annahme, das Verständnis für die Marktwirtschaft setze sich von selbst durch. Es ist eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung, den grundlegenden Unterschied zwischen Rechtsstaatlichkeit und Willkür zu vermitteln. Geschieht dies nicht, fehlt den Bürgern die Orientierung. Angesichts der Umfrageergebnisse ist es sicherlich nicht übertrieben festzustellen, dass auf diesem Gebiet in den letzten Jahren wenig Erfolge erzielt worden sind.

Es wird spannend sein zu sehen, ob die Auseinandersetzung mit diesem Thema als Folge der Jubiläumsfeierlichkeiten zunimmt. Für die Bevölkerung wäre das eine unerfreuliche Nachricht. Auf die Frage *„Neulich sagte uns jemand: ‚Man sollte einen Schlussstrich unter die DDR-Vergangenheit ziehen‘ – sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“* antworteten im November 2009 51 Prozent der Befragten in Ost und West: *„Das sehe ich auch so.“* Doch angesichts der zuvor präsentierten Umfrageergebnisse gewinnt man den Eindruck, als habe die Vergangenheitsbewältigung, derer viele Deutsche schon jetzt überdrüssig sind, tatsächlich noch gar nicht richtig begonnen.

* * *

Diese Probleme ändern jedoch nichts daran, dass die Deutschen heute in vielerlei Hinsicht mit sich und ihrer Situation alles in allem so sehr im Reinen sind, wie viele Jahrzehnte, vielleicht sogar Jahrhunderte nicht. Das betrifft auch die Probleme der Wiedervereinigung, die noch vor einem Jahrzehnt

den Erfolg des Projekts Deutsche Einheit in Frage zu stellen schienen. Viele dieser Probleme sind bis heute nicht endgültig gelöst. Noch immer ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern erheblich höher als im Westen, der Lebensstandard geringer. Nach wie vor bestehen viele weltanschauliche Differenzen zwischen der ost- und der westdeutschen Bevölkerung. Noch immer gibt es Kommunikationsprobleme. Doch die vielzitierte „Mauer in den Köpfen“ spielt im Alltag keine Rolle mehr. Die Menschen sind der Ost-West-Auseinandersetzungen müde geworden.

Eine Allensbacher Frage lautet: „Neulich sagte uns jemand: ‚20 Jahre nach der Wiedervereinigung hat es keinen Sinn mehr, immer noch auf den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland herumzureiten. Natürlich gibt es da auch Probleme, aber alles in allem ist es doch gut so, wie es jetzt ist.‘ Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?“ 69 Prozent der Deutschen, 72 Prozent im Westen und 57 Prozent im Osten, sagten im November 2009: „Das sehe ich auch so.“ Könnte es sein, dass die Deutschen auf dem Weg sind, zum ersten Mal seit Jahrhunderten ein zufriedenes in sich ruhendes Volk zu werden? Falls ja, hätten sich die Befürchtungen vor einer Rückkehr zur Unberechenbarkeit wirklich als falsch erwiesen.

Literatur

- KOHL H., *Erinnerungen 1982-1990*, Munich, 2005
- MITTERRAND F., *De l'Allemagne, de la France*, Paris, 1996
- NOELLE-NEUMANN E., « Premiere eines demoskopischen Vergleichs zwischen Ost- und Westdeutschland. Auf welche Unterschiede man sich einstellen muss », Vortrag, gehalten am 29. 9. 1990 in Frankfurt und Düsseldorf und am 21. 9. 1990 in Berlin. Manuskript im Allensbacher Archiv
- NOELLE-NEUMANN E., « Demoskopische Befunde werden Realität », in NOELLE-NEUMANN E., KÖCHER R. (HRSG.), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984-1992*, München und Allensbach: Saur und Verlag für Demoskopie 1993
- PETERSEN T., MAYER T., *Der Wert der Freiheit. Deutschland vor einem neuen Wertewandel ?* Freiburg: Herder 2005
- PETERSEN T., « Une nouvelle identité allemande ? », *Regards sur l'économie allemande*, n° 91, mai 2009
- SÜSKIND P., « Deutschland, eine Midlife-Crisis », *Der Spiegel*, Nr. 38 vom 17. September 1990, S. 116-125

* * *

NACHTRAG 2019

Es ist fast ein Jahrzehnt vergangen, seitdem der Artikel „*Frères et sœurs dissemblables. Un bilan de l'unité allemande*“ zum ersten Mal in *Regards sur l'économie allemande* erschienen ist. Heute blicken die Deutschen wieder einmal aus Anlass eines historischen Datums – 30 Jahre seit der Öffnung der innerdeutschen Grenze – auf die Anfangsjahre der Deutschen Einheit zurück und ziehen Bilanz, und man kann bei der Betrachtung der deutschen Medienberichterstattung zu diesem Thema den Eindruck gewinnen, die Zeit sei Mitte der 90er Jahre stehen geblieben.

Seit einigen Monaten wird heftig über Mentalitätsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen debattiert, über gegenseitige Vorurteile, tatsächliche und vermeintliche soziale Unterschiede, über die Tatsache, dass auch heute noch viele Ostdeutsche sagen, sie fühlten sich als „*Bürger zweiter Klasse*“. Die Ministerpräsidenten von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern weigern sich öffentlich, die SED-Diktatur als Unrechtsstaat zu bezeichnen, weil dies dem Gebot des Respekts vor den Lebensleistungen der DDR-Bürger widerspreche. Dieselben Vorwürfe, Streitpunkte und Argumente kennzeichneten schon die Diskussionen der 90er Jahre. Es ist, als sei die Uhr um 20 Jahre zurückgedreht worden.

« Bürger zweiter Klasse » ? Ein Drittel 2019 – 57 % im Jahr 2002

Und doch täuscht dieser Eindruck. Das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen ist trotz solcher Irritationen bei weitem nicht so angespannt wie im ersten Jahrzehnt nach der Einheit und es hat sich gerade im vergangenen Jahrzehnt noch einmal weiter entspannt. So hat etwa allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz die Freude über die Deutsche Einheit auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze nicht ab- sondern zugenommen.

In der allgemeinen Lebenszufriedenheit liegen die Ostdeutschen noch immer etwas unter dem Niveau der Befragten in Westdeutschland, doch der Abstand hat sich in den letzten Jahren deutlich verringert. Es ist richtig, dass noch immer etwa ein Drittel der Ostdeutschen sagt, sie fühlten sich in der Bundesrepublik als „*Bürger zweiter Klasse*“, doch im Jahr 2002 hatte der Anteil derer in Ostdeutschland, die diese Antwort gaben, bei 57 Prozent, 2009 immerhin noch bei 42 Prozent gelegen.

Auch das Gefühl einer spezifischen ostdeutschen Identität ist auf dem Rückzug, für die junge Generation spielt es kaum noch eine Rolle. Vorurteile zwischen West- und Ostdeutschen halten sich hartnäckig – besonders die der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen, haben aber insgesamt an Schärfe verloren. Die Begriffe „*Besser-Wessi*“ und „*Jammer-Ossi*“ sind fast gänzlich aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Sie passen nicht mehr in die Zeit.

Deutliche Defizite in der politischen Bildung

Geblichen und eher noch gewachsen sind die Defizite in der politischen Bildung. Sie zeigen sich besonders deutlich in den Antworten der jungen Generation. Auf die Frage „*Waren die Verhältnisse in der DDR in den letzten Jahren vor der Wende eigentlich ganz erträglich für die Menschen, oder würden Sie sagen, es musste sich unbedingt vieles ändern?*“ antworteten die Befragten im Oktober 2019 insgesamt eigentlich recht eindeutig: Gerade 12 Prozent sagten, die Verhältnisse seien ganz erträglich gewesen, fast zwei Drittel, 65 Prozent, meinten dagegen, es habe sich unbedingt etwas ändern müssen.

In den neuen Bundesländern war das Urteil über die DDR nicht ganz so negativ, aber immer noch eindeutig: 20 Prozent meinten hier, es sei eigentlich ganz erträglich gewesen, eine klare Mehrheit von 54 Prozent sagte auch hier, es habe sich unbedingt etwas ändern müssen.

Ganz anders fielen dagegen die Antworten der Unter-30-Jährigen in den neuen Bundesländern aus: Von ihnen sagten 12 Prozent, die Verhältnisse in der DDR seien ganz erträglich gewesen, ebenfalls 12 Prozent widersprachen. Mehr als drei Viertel dagegen, 76 Prozent, wichen auf die Antwortmöglichkeit „Unentschieden“ aus, gaben also zu Protokoll, dass sie nicht wussten, ob die Verhältnisse in der DDR vor der Wende unerträglich gewesen sind oder nicht. Vor zehn Jahren hatte der Anteil der jungen Ostdeutschen, die kein Urteil über die Lebensverhältnisse in der DDR abgeben konnten, bei 54 Prozent, ein gutes Jahrzehnt davor, 1998, bei 23 Prozent gelegen. Ganz offensichtlich gelingt es nicht, das Wissen über den Charakter des SED-Regimes an die nachwachsenden Generationen weiterzureichen.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass es der Partei Die Linke in den letzten Jahren gelungen ist, die Schatten der Vergangenheit fast gänzlich abzuschütteln. Bereits vor rund zehn Jahren zeigte sich, dass die Zahl derjenigen, die wussten, dass die Linke ursprünglich einmal aus der Staatspartei SED hervorgegangen ist, rasch schwand. Heute unterscheiden sich die Anhänger der Linken in ihrer Einstellung gegenüber der DDR nur noch wenig vom Durchschnitt der Bevölkerung. Die These, man sollte einen „Schlussstrich“ unter die DDR-Vergangenheit ziehen, wird von den Linken-Anhängern zu 44 Prozent unterstützt und damit nicht häufiger als von den Anhängern der anderen Parteien. Bei der bereits erwähnten Frage, ob die Verhältnisse in der DDR vor der Wende ganz erträglich gewesen seien, sagten 16 Prozent der Linken-Anhänger, dies sei der Fall gewesen. Dieser Wert ist nur unwesentlich höher als bei den Anhängern der CDU/CSU (14 Prozent) SPD (7 Prozent) oder FDP (10 Prozent). Diejenigen, die der DDR nachtrauern, sind inzwischen zur rechtspopulistischen AfD weitergezogen: Von den Anhängern dieser Partei sagten immerhin 38 Prozent, die Verhältnisse in der DDR vor der Wende seien „ganz erträglich“ gewesen.

Der Mauerfall, ein prägendes kollektives Ereignis

Alles in allem zeigt sich heute, dass es erheblichen Nachholbedarf in der politischen Bildung gibt, doch trotz solcher Defizite bleibt die Bilanz der Deutschen Einheit aus Sicht der Bürger eindeutig positiv. Wie einschneidend die Ereignisse des Jahres 1989 waren, zeigen die Antworten auf die Frage „Wenn Sie einmal an den Tag des Mauerfalls vor rund 30 Jahren zurückdenken: Können Sie sich noch daran erinnern, wo Sie davon erfahren haben bzw. was Sie da gemacht haben, oder können Sie das nicht?“ 81 Prozent derjenigen, die heute 40 Jahre oder älter sind, wissen noch, wo sie die Nachricht erreichte. Ein so starkes kollektives Erlebnis prägt ein Volk für viele Jahrzehnte, allen tagespolitischen Auseinandersetzungen zum Trotz.

(November 2019)
www.tandem-europe.eu